



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

PRESSEMITTEILUNG

11. November 2021

Nr. 109/2021

Alarmstufe in Baden-Württemberg erwartet: Land startet Impfoffensive zur Unterstützung der Ärzteschaft / Einrichtung von Impfstützpunkten in Stadt- und Landkreisen

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: „Uns stehen schwierige Wochen bevor / Impfen ist der Weg aus der Pandemie / 2G-Regel ist notwendig“

Gesundheitsminister Manne Lucha: „Lage in den Kliniken ist angespannt / Setzen auf Vor-Ort-Impfungen und steigern Kapazitäten“

Angesichts der zunehmenden Belastungen auf den Intensivstationen und der bevorstehenden Alarmstufe startet Baden-Württemberg eine Impfoffensive, um die Haus- und Fachärztinnen und -ärzte zu unterstützen. So sollen künftig rund 155 mobile Impfteams im Einsatz sein. Mit diesen mobilen Impfteams werden in jedem Stadt- und Landkreis feste regionale Impfstützpunkte eingerichtet.

„Uns stehen schwierige Wochen bevor. Das Infektionsgeschehen nimmt rasant zu. Die vierte Welle trifft vor allem die Nicht-Geimpften mit voller Wucht“, sagte Ministerpräsident Kretschmann am Donnerstag (11. November) in Stuttgart. „Deshalb appelliere ich noch einmal eindrücklich an alle Menschen in Baden-Württemberg, sich gegen das Virus impfen zu lassen. Impfen ist der Weg aus der Pandemie. Dafür fahren wir die Impfkapazitäten im Land jetzt nochmals deutlich hoch – und zwar mit zielgerichteten zusätzlichen Angeboten vor Ort. Die mit der Alarmstufe in vielen Bereichen des Lebens geltende 2G-Regelung ist ein enormer Eingriff, der aber notwendig ist.“

„Die Lage in den Kliniken ist angespannt, das Pflegepersonal am Limit“, ergänzte Gesundheitsminister Manne Lucha. „Setzt sich der derzeitige Trend mit dieser Geschwindigkeit fort, müssen wir Patientinnen und Patienten bald in andere Bundesländer oder sogar ins Ausland verlegen. Viele Todesfälle und schwere Verläufe wären mit einer Impfung vermeidbar gewesen. Deshalb erhöhen wir die Impfkapazitäten jetzt noch einmal deutlich und machen den immer noch zu vielen Nicht-Geimpften und älteren Menschen für ihre Booster-Impfung ein breites und flächendeckendes Angebot“.

Einrichtung von Impfstützpunkten

Mit wohnortnahen Impfstützpunkten wird das Land flächendeckend zusätzliche Kapazitäten schaffen, um die Hausärztinnen und Hausärzte zu unterstützen. Dafür steht jedem Stadt- und Landkreis mindestens ein mobiles Impfteam zur Verfügung. Die mobilen Impfteams sind bei den bisherigen zwölf Krankenhausstandorten des Landes angedockt. Nun soll deren Zahl noch einmal auf insgesamt 155 erhöht werden. Mit den mobilen Impfteams werden in den Stadt- und Landkreisen feste Impfstützpunkte eingerichtet.

„Durch dieses Angebot schaffen wir eine flexible Versorgungsstruktur und nehmen gezielt die Situation vor Ort in den Blick. Wir gehen dahin, wo wir die Menschen erreichen. Das ist effektiver und schneller umsetzbar als große dezentrale Impfbüros“, so Minister Lucha. „Gerade für ältere Menschen sind die Wege dadurch kürzer.“

Mit den geplanten Impfstützpunkten sollen pro Team/Stützpunkt pro Tag rund 130 Impfungen durchgeführt werden – das gilt für dringend notwendige Erstimpfungen genauso wie für die sogenannten Booster- bzw. Auffrischimpfungen. Insgesamt können auf diesem Wege täglich bis zu 23.000 Impfungen durchgeführt werden – zusätzlich zu den Impfungen, die über die niedergelassene Ärzteschaft erfolgen. Ob die Impfangebote vor Ort als offenes Impfen oder auch für bestimmte Gruppen mit Terminvereinbarung angeboten werden, entscheiden die Kommunen.

In den vergangenen Wochen sind bereits über 350.000 Auffrischungsimpfungen vor allem in Pflegeeinrichtungen, bei Personen über 70 Jahren sowie weiteren vulnerablen Gruppen im Land durchgeführt worden. Grundsätzlich können sich in Baden-Württemberg alle Menschen impfen lassen, deren Zweitimpfung 6 Monate zurückliegt. Beim Impfstoff von Johnson & Johnson ist eine Booster-Impfung mit einem mRNA-Impfstoff bereits nach vier Wochen möglich. Ob eine Impfung durchgeführt wird, entscheidet die impfende Ärztin oder Arzt.

„Eine deutliche Aufstockung der Impfangebote ist jetzt nicht nur wichtig, sondern auch sehr dringend“, so der Präsidenten des Städtetags Baden-Württemberg, Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz. „Wir sehen in allen Städten, dass die niederschwelligen Angebote vor Ort nach wie vor am besten angenommen werden. Dort sind die Menschen sogar bereit, längere Wartezeiten in Kauf zu nehmen. Wir appellieren an das ärztliche Fachpersonal, diese Kraftanstrengung mit uns gemeinsam zu stemmen.“

„Impfen ist das Gebot der Stunde“, ergänzte Steffen Jäger, Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg. „Deshalb ist es richtig, dass seitens des Landes zielgerichtet Impfangebote in Ergänzung zum Regelsystem der niedergelassenen Ärzte ermöglicht werden. Es gilt die Impfung niedrigschwellig zu gestalten und nahe zu den Menschen zu bringen – sowohl beim grundlegenden Impfschutz als auch beim Boostern. Die Kommunen wollen und werden das Land und die Haus- und Fachärzte dabei unterstützen. Dies kann sowohl in Form fester Impfstützpunkte in den Stadt- und Landkreisen als auch in Form dezentraler Impftage in der Fläche stattfinden. Die Bereitschaft in den Kommunen, sich hier mit ihrer Organisationskraft einzubringen, ist groß. Die Entscheidenden Gelingensfaktoren werden aber sein: wenig Bürokratie und gezielte Finanzierung der entstehenden Kosten.“

Auch für den Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Dr. Norbert Metke stellt das den richtigen Weg dar. „Unsere niedergelassenen Haus- und Fachärztinnen und -ärzte sind enorm gefordert. Nicht nur die Impfung, auch die hohen Corona-Infektionen und die Gripeschutzmaßnahmen stellen eine hohe zusätzliche Anforderung neben dem normalen Praxisbetrieb dar. Wir brauchen aktuell alle Impfkapazitäten. Wir begrüßen daher die Maßnahmen der Landesregierung. Wir selbst sind aktuell dabei, mit eigenen Maßnahmen die Zahl der Impfungen noch zu erhöhen. Wichtig dabei waren in jüngster Vergangenheit Erleichterungen, wie etwa die Rückkehr zum Bestellrhythmus auf Wochenbasis für die Praxen, die auch durch maßgebliche Initiative der Landesregierung in Berlin durchgesetzt werden konnten.“

Einführung von 2G Regelungen stehen kurz bevor

Langfristig führt der Weg aus der Pandemie alleine über das Impfen. Weil aber kurzfristig eine Überlastung der Intensivversorgung in den Krankenhäusern droht, müssen in weitergehende Maßnahmen ergriffen werden. Während im Bund über die Einführung von 2G Regelungen diskutiert wird, hat sich Baden-Württemberg für diesen Weg bereits entschieden. Mit dem Ausrufen der Alarmstufe haben in vielen Bereichen nur

noch Geimpfte und Genesene Zutritt. Auch andere Maßnahmen, die auf Bundesebene zur Debatte stehen, werden in Baden-Württemberg bereits umgesetzt. Dazu gehören etwa tägliche Testungen in Alten- und Pflegeheimen und eine Testannahmepflicht für nicht-geimpfte Beschäftigte am Arbeitsplatz.

Weitere Informationen

Informationen zur Impfung sowie Vor-Ort-Termine finden Sie auf <https://www.dranbleiben-bw.de/>.

Für Fragen rund um die Impfungen in Baden-Württemberg können sich Bürgerinnen und Bürger auch an die Corona-Hotline des Landes wenden. Diese ist unter der 0711 / 410 11160 montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr erreichbar und steht für Fragen in Deutsch, Englisch, Türkisch, Arabisch und Russisch zur Verfügung.